

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 49.

Charlottenburg, Freitag, den 9. Dezember 1921.

48. Jahrg.

Die Gewerkschaften und der Staat.

Ueber dieses Thema veröffentlicht der bekannte Gewerkschafts-schriftsteller Richard Seidel-Berlin in Nr. 12 des „Mitteilungsblattes des Allgemeinen freien Angestelltenbundes“ einen sehr beachtenswerten Aufsatz.

Der Artikel schildert in seinem ersten Teil die Grundsätze der ökonomischen Ordnung und gesellschaftlichen Verfassung der kapitalistischen Epoche, des bürgerlichen Staates und ihren Gegensatz zum Sein und Wollen der Gewerkschaftsbewegung als Klassenorganisation des Proletariats. Die Darstellung dieses Gegensatzes spitzt der Verfasser zu folgendem Satz zu:

Bürgertum und Staatsgewalt empfinden die Gewerkschaftsbewegung als Fremdkörper im Staate, als eigene und selbständige Macht mit eigenen Gesetzen und besonderem Recht, als eine Macht, die bei freier Entfaltung schließlich stärker zu werden droht als die Staatsmacht selbst.

Der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und bürgerlicher Staatsgewalt und Gewerkschaftsbewegung, die sich aus diesem Gegensatz ergebende Situation und das bisherige Ergebnis des Ringens der Gewerkschaften um Geltung und Einfluß als selbständige gewerkschaftliche Macht werden in den folgenden Abschnitten des Artikels eingehend betrachtet. Wir geben die entscheidenden Absätze aus diesem Teil der Arbeit nachfolgend in gekürzter Form wieder:

Die Gewerkschaften dagegen wollen den Schutz und die Pflege der Arbeitskraft, sie wollen von vornherein die Begrenzung der kapitalistischen Freiheit. Schutz und Pflege der Arbeitskraft ist aber nicht allein durch besseren Lohn und Arbeiterschutz zu erreichen.

Der Schutz der Arbeitskraft als Zweck der Gewerkschaftsbewegung, des großen Stromes eines einzigen Willens von Millionen, kann nicht den kleinen Sinn des Schutzes der Gesundheit und der Förderung des Wohlergehens des einzelnen Arbeitnehmers haben. In diesem großen Zusammenhang kann die Arbeitskraft nur als der wertvolle Besitz der Gesamtheit gewertet werden. Darum gebührt ihr der Schutz der Gesamtheit. Schutz der Arbeitskraft in diesem Sinne ist also rationelle Nutzung und planmäßige Anwendung dieses kostbaren Gutes, dieser wichtigsten und empfindlichsten aller der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Produktivkräfte zum Vorteil der Gesellschaft. Schutz der Arbeitskraft als Ziel der Gewerkschaftsbewegung ist letzten Endes Gemeinwirtschaft, Aufhebung des Lohnsystems, Ende des Kapitalismus. Es ist kein Zufall, kein Erzeugnis demagogischer Verheerung, sondern eine Unabwendbarkeit, daß die Gewerkschaften an der Seite der sozialistischen Parteien stehen.

Darum werden sie von der bürgerlichen Gesellschaft als feindliche Macht empfunden, als Staat im Staate. Wie gesagt, mit Recht. Bei aller Mäßigung der Bewegung zeigte es sich immer wieder, daß die Gewerkschaften über den Rahmen der Gesetzmäßigkeit des bürgerlichen Staates hinausstreben müssen. Sie fordern eine besondere Arbeitsgesetzlichkeit und schaffen in den Tarifverträgen eigene Gesetze von entscheidender Bedeutung. Sie sträuben sich immer wieder dagegen, daß das herkömmliche bürgerliche Recht auf sie angewandt wird, sie müssen die Erwerbung der Eigenschaft von juristischen Personen vermeiden, um nicht dem bürgerlichen Recht anheimzufallen. Sie umgeben sich völlig mit einer eigenen, besonderen Sein entsprechenden Rechtsatmosphäre und erheben sich immer mehr mit eigenen ökonomischen und sozialen Ideen. Diese Absonderung hat die Gewerkschaftsbewegung an der Entwicklung ihrer Eigenart als völlig neue gesellschaftliche Macht nicht nur nicht gehindert, sondern sie hat eine solche innere Entwicklung zu selbständigem geistigen und gesellschaftlichen Sein

sogar gefördert. Kurz: die Gewerkschaften haben sich in harter Arbeit an sich selbst und im Kampfe mit der bürgerlichen Welt zu autonomen gesellschaftlichen Körpern emporgearbeitet, die neben dem Staate und seinen politischen und Rechtsinstitutionen als selbständige, nur ihren eigenen Gesetzen gehorchende Macht bestehen.

Darum hat die bürgerliche Gesellschaft sie bekämpft. Sie vermochte sie nicht zu unterdrücken, aber sie versagte den Gewerkschaften ihre Anerkennung.

Die Novemberrevolution aber hat das Eis gebrochen. Sie hat eine Reihe von Verfassungsbestimmungen und Gesetzen veranlaßt, in denen nun die Anerkennung der Gewerkschaften als autonome gesellschaftliche Macht durch den Staat ausgesprochen ist.

Das ist der tiefere und wahrhaft revolutionäre Sinn der Wendung in der Stellung der Gewerkschaften als gesellschaftlicher Macht, von der wir ausgegangen sind.

Diese Anerkennung der Gewerkschaften durch die Staatsgewalt kommt zum Ausdruck darin, daß die von den Gewerkschaften als Privatverträge geschaffenen Arbeitsvertragsgesetze, die Tarifverträge, gesetzliche Kraft erlangen durch Verbindlichkeitsklärung und Unabhängigkeit. Sie kommt ferner zum Ausdruck durch die Ausstattung von Organen der Gewerkschaften, als welche wir die Betriebsräte erkennen müssen, mit gesetzlichen Befugnissen, und nicht minder durch die Entsendung unmittelbarer Vertreter der Gewerkschaften in bestimmte Organe der Staatsautorität, in die Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat. Und kein Arbeitsgesetz, keine Besoldungsordnung, kein Schritt in das Reich des neuen Arbeitsrechts kann geschehen, ohne daß die Gewerkschaften zuvor befragt werden.

Die Gewerkschaften beginnen also damit, als geschlossen organisierte gesellschaftliche Macht ihre eigene, ihrem inneren Wesen und Daseinszweck entsprechende Gesetzmäßigkeit zur allgemeinen Geltung zu bringen. Sie treten als anerkannter und gleichberechtigter gesellschaftlicher Machtfaktor neben die übrigen Machtfaktoren der Organisation der Gesellschaft, des Staates, neben Regierung, Parlament, Justiz und Verwaltung, und sie wirken mitbestimmend ein auf die Gestaltung von Gesetz und Recht. Sie müssen sogar — mit der Zeit — bei alledem weit stärker wirken als die überkommenen Formen gesellschaftlicher Organisation, weil sie das blutfrische Wollen einer lebendigen gesellschaftlichen Macht ganz unvermittelt und unmittelbar zur Geltung bringen. Und wo Regierung, Parlament und Verwaltung allein schmachlich versagen, da stehen sie unerschütterlich und werfen die ganze Wucht ihrer organisierten Macht in die Waagschale, um dem gesellschaftlichen Leben Rückhalt zu geben und das Chaos abzuwenden, wie es beim Kapp-Putsch und bei anderen Anlässen geschehen ist, wo die Gewerkschaften mit ihren Forderungen hervorgetreten sind.

Die Gewerkschaften werden darum kämpfen müssen, daß weitere Äußerungen ihres eigenen Willens, immer größere Bestandteile ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit zu anerkannten Maximen des organisierten gesellschaftlichen Lebens, zu Staatsgesetzen erhoben werden.

Die Widerstände gegen die Entfaltung solcher Macht der Gewerkschaften sind keineswegs überwunden. Sie sind in jüngster Zeit sogar wieder sehr erstarbt.

Führende und Massen müssen den Weg deutlich erkennen. Es ist der Weg zur vollen Autonomie der in den Gewerkschaften organisierten gesellschaftlichen Macht, der Aufstieg der Gewerkschaften zum mitbestimmenden Teil des Staates und der Staatsmacht. Darin liegt der Schlüssel zur gegenwärtig angebahnten Umgruppierung der gesellschaftlichen Mächte überhaupt, die schließlich und endlich zum Sozialismus führt. Darin liegt der Maßstab zur Bewertung jeder einzelnen gesetzlichen Maßnahme,

insbesondere aller Gesetze, die das neue soziale und Arbeitsrecht, die neue, in der Richtung auf die Gemeinwirtschaft sich entwickelnde Wirtschaftspolitik betreffen. Als Fortschritt können solche Gesetze nur dann gelten, wenn sie die Organisationen der Arbeiterklasse auf ihrem Wege zur entscheidenden Höhe fördern können.

Der Segen der freien Wirtschaft.

Von Max Sachs.

Händler und Erzeuger haben das Ziel ihrer Sehnsucht nahezu erreicht: Von der Zwangswirtschaft sind heute nur kümmerliche Reste übrig. Niemand wird Freude an unserer Kriegswirtschaft gehabt haben, die ja nur ein Kind der Not war, niemand wird gewünscht haben, daß sie für alle Zeit erhalten blieb. Trotzdem hätte die Zwangswirtschaft nicht so schnell abgebaut werden dürfen, wie das geschehen ist.

Was haben uns die Verfechter der freien Wirtschaft nicht alles versprochen! Unmittelbar nach Aufhebung der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen, so erklärten sie, würden zwar die Preise hier und da steigen, aber dafür würde man alles reichlich und in bester Qualität bekommen können, und die freie Konkurrenz würde dann bald dafür sorgen, daß die Preise wieder sinken. Zuerst schien es so, als ob diese Prophezeiungen zutreffen würden. In der ersten Hälfte des Jahres 1920 bemerkte man bei vielen Waren einen allerdings nur langsam vor sich gehenden Preisabbau, der darauf zurückzuführen war, daß der Wert unserer Mark verhältnismäßig stabil blieb und draußen auf dem Weltmarkt das Preisniveau sank. Seit Mitte dieses Jahres aber gehen alle Preise in erschreckender Weise in die Höhe. Die Kosten der Lebenshaltung sind größer als je.

Die neue Teuerungswelle, unter der wir jetzt so schwer zu leiden haben, verdanken wir vor allem dem starken Sturz unserer Valuta, durch den für uns die Weltmarktpreise aller Waren bedeutend erhöht wurden. Das Sinken unserer Mark führt aber nicht nur dazu, daß uns die Waren verteuert werden, sondern auch die Preise der inländischen Erzeugnisse, vor allem die Preise von Getreide und Futtermitteln, nähern sich recht schnell den Weltmarktpreisen. Bei freier Wirtschaft ist der inländische Verkäufer im allgemeinen nicht bereit, seine Waren unter dem Preise zu verkaufen, der für die aus dem Ausland bezogenen Waren gleicher Art bezahlt werden muß.

Auch solche Güter, die selbst keinen Weltmarktpreis haben, werden von der Aufwärtsbewegung ergriffen. Die Verteuerung der Kartoffeln ist sicher auch zum großen Teil auf den Valutasturz zurückzuführen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil unserer Kartoffelerzeugung dient der menschlichen Ernährung. Ein weit aus größerer Teil wird verfüttert. Es ist nur zu natürlich, daß der Landwirt die Kartoffelpreise mit den Preisen anderer Futtermittel vergleicht, daß er nicht geneigt ist, die Kartoffeln billig abzugeben, wenn er alle anderen Futtermittel infolge der niedrigen Valuta teuer bezahlen muß.

Hätten wir heute noch die Zwangswirtschaft in größerem Umfange, so bliebe das Sinken der Mark auch nicht ganz ohne Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung, weil die Produktionskosten vieler Waren bei einem Sinken der Valuta steigen und deswegen die Höchstpreise heraufgesetzt werden müssen. Immerhin würde dann der Valutasturz nur zum Teil und nur allmählich in einer Verteuerung unserer Lebenshaltung zum Ausdruck kommen. Die freie Wirtschaft führt aber dazu, daß alle Valutaschwankungen sehr schnell starke Veränderungen der Lebenshaltungskosten zur Folge haben.

Daß unsere Mark so tief gesunken ist, ist aber auch wieder zum Teil die Folge der freien Wirtschaft. Gewiß, den unmittelbaren Anlaß zu dem neuesten Valutasturz haben die deutschen Reparationszahlungen gegeben. Das Reich war gezwungen, große Mengen ausländischer Zahlungsmittel anzukaufen, und dadurch wurde der Kurs der Mark gesenkt. Die ungünstige Entscheidung über Oberschlesien hat die Abwärtsentwicklung des Markwertes noch beschleunigt.

Aber wir wußten doch, daß die große Zahlungen an die Entente zu leisten haben. Deshalb hätten wir versuchen müssen, unsere so großen Reparationspflichtungen gegenüber dem Ausland so niedrig wie möglich zu halten, deshalb kam es darauf an, daß unser Einfuhrverbot möglichst beschränkt blieb. Aber man hat die Einfuhr von Waren in die Wirtschaft völlig freigegeben und dadurch für die Landwirte einen starken Anreiz zur Verfüterung inländischer Erzeugnisse geschaffen, für die natürlich Ersatz aus dem Ausland eingeführt werden muß. Man hat es geduldet, daß in Deutschland ausländische Luxuswaren in Massen verkauft wurden. Auch wenn die Einfuhr von Waren verboten war, so wurde doch dem Händler, der sie im Inland feilhielt, kaum ein Haar gekrümmt. Für die Einfuhr von ganzen Waggons französischen Vikors, die

Flasche über 200 Mk., wurden ausdrücklich Einfuhrgenehmigungen erteilt, und das alles, obgleich der Wert unserer Ausfuhr ständig unter dem Wert unserer Einfuhr zurückblieb. Es ist wirklich kein Wunder, daß unsere Valuta jetzt so tief sinkt. Es ist vielmehr merkwürdig, daß sie sich lange Zeit verhältnismäßig gut gehalten hat. Unsere Marknoten sind Schuldscheine eines Schuldners, der immer mehr verschuldet wird, und müssen deshalb an Wert verlieren.

Für Arbeiter, Angestellte und Beamte ist die jetzige Preisentwicklung, die wir zum großen Teil der freien Wirtschaft zu verdanken haben, verhängnisvoll, denn den Weltmarktpreisen, die wir nahezu für alles, was wir kaufen, zahlen müssen, entsprechen keine Weltmarktlöhne und Gehälter. Zwar folgt eine Lohnbewegung der anderen, aber die Aufwärtsbewegung der Preise geht so schnell, daß die Löhne und Gehälter nicht nachkommen können. Ist nach langen Verhandlungen glücklich ein neuer Tarif abgeschlossen, so sind die errungenen Lohn- oder Gehaltsätze gewöhnlich durch neue Preissteigerungen schon wieder überholt. Außerdem birgt die Annäherung der Löhne und Gehälter an die Weltmarktpreise eine große Gefahr in sich. Steigt etwa wieder einmal unsere Valuta, so können die Lohn- und Gehaltserhöhungen, die jetzt notwendig werden, sehr leicht zur Folge haben, daß unsere Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig ist, und wir infolgedessen eine große Arbeitslosigkeit bekommen, wie wir das im Jahre 1920 schon einmal erlebt haben.

Freilich, die Unternehmer können jetzt mit der Bewegung der Warenpreise sehr zufrieden sein. Bei der Ausfuhr erzielen sie glänzende Valutagewinne und sie verdienen im Inland, weil sie vielfach billig eingekaufte Waren zu den inzwischen höher gewordenen Preisen verkaufen können, und weil die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten langsamer steigen als die Preise der Erzeugnisse. Für Händler, Industrielle und Landwirte sind glänzende Zeiten.

Den Massen der Bevölkerung droht immer größere Verelendung. Das ist der Segen der freien Wirtschaft. So mancher, der einst den Versprechungen der Verfechter des freien Handels geglaubt hat, wird jetzt einsehen, wie recht die Sozialdemokratie hatte, als sie sich gegen den voreiligen Abbau der Zwangswirtschaft zur Wehr setzte.

Wirtschaftspolitische Mundschau.

Der Aufsturm gegen die Industrie. — Die Forderungen der Reparationskommission. — Die Stellung der Industrie zur Kreditaufnahme. — Der Effektenmarkt im Abflauen. — Die Kapitalerhöhung der A.G.

Die deutsche Republik steht in ihrer politischen Entwicklung unter schwer auf sie einstürmenden Angriffen. Sie ist von Feinden rings umdroht und steht vor Aufgaben, deren Lösung ungeheure Ansprüche an die leitenden Staatsmänner stellt. Das innere Werden zu einem festen geordneten Staatswesen kann nicht zur ruhigen Entwicklung kommen und jeder Fortschritt, der unsere Hoffnungen neu belebt, wird abgelöst durch einen harten Schlag, der wiederum den Rückgang ankündigt. Die Entscheidung der Entente über Oberschlesien hat Mißmut und innere politische Zersahrenheit ausgelöst. Wir wissen nicht, was aus den nun langsam beginnenden Verhandlungen sich ergeben wird, wie weit sie uns eine teilweise Befriedigung bieten können und uns ein wenig die schwere Last, die uns auferlegt wurde, erleichtern. Mit Oberschlesien in einer gewissen Verbindung sind wir schnell vor die Unmöglichkeit gestellt, die Reparationsleistungen zu erfüllen. Wenn auch niemand im Zweifel war, daß uns die durch die Zwangsmassnahmen der Entente auferlegten Bedingungen zu erfüllen reiflos nicht möglich ist, so glaubte man doch, wenigstens für einen kurzen Zeitraum vor weiteren Erschütterungen politischer Art bewahrt zu sein. Das wäre möglich gewesen, wenn nicht unsere Währung vollständig in das Grundlose hinabgesunken wäre, und damit unsere Leistungsfähigkeit erlahmte. Die Reparationskommission, der die Entente die Aufgabe übertrug, darüber zu wachen, daß das Deutsche Reich seine Verpflichtungen erfüllt, hat durch ihr Erscheinen in Berlin angedeutet, daß sie selbst im Zweifel ist, ob wir die großen Zahlungen, die am 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres fällig sind, die insgesamt ungefähr 600 Millionen Goldmark betragen, leisten können. Es sind während der Anwesenheit der Kommission die verschiedensten unkontrollierbaren Gerüchte über die Absichten der Entente an die Öffentlichkeit gelangt. Man behauptet, daß dem Deutschen Reich Erleichterungen in der Zahlung gewährt werden, da man nicht achtlos vorbeigehen könne an den vor aller Welt offen daliegenden finanziellen Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung nicht überwinden kann. Es kann nur festgestellt werden, daß irgendwelche Konzessionen von der Reparationskommission in bezug auf die nächsten Zahlungen nicht gewährt wurden, im Gegenteil ist mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit gefordert, daß die deutsche Republik die Zahlungen

verpflichtungen erfüllen. Allerdings wurde anerkannt, daß die Finanzlage die Erfüllung dieser Verpflichtungen erschwert, aber man hat mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Industrie, wenn sie ihren Besitz verpfändet, wohl in der Lage ist, für das Deutsche Reich die Kredite flüssig zu machen, die notwendig sind für die Reparationsleistungen. Man hat im Laufe der Verhandlungen mit der Drohung nicht zurückgehalten, daß die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zu neuen PreSSIONSMITTeln führen würde. Welcher Art diese sind, ist nicht angedeutet. Sie geben also der Vermutung, was bevorstehen könnte, den weitesten Spielraum. Mit diesem Bescheid ist die Reparationskommission abgegriffen, um nunmehr der deutschen Regierung zu überlassen, wie sie zu den von der Entente begehrten Zahlungen kommen kann.

In der Großindustrie besteht für eine Übernahme der Sicherheit für einen großen ausländischen Kredit keine Neigung. Die Herren Stinnes und Thyssen mit ihrem Anhang vertreten auch gegenwärtig noch den extremen Standpunkt, daß diese Anstrengungen auch politisch erfolglos sind, da wir im günstigsten Fall nur die nächste Zahlung erfüllen können und schon die darauffolgende uns abermals vor neue unlösbare Aufgaben stellt. Ein Teil der Industrie, der politisch die Situation anders bewertet, neigt dazu, alles einzusehen, um die Katastrophe nicht schon am Beginn des nächsten Jahres herbeizuführen und hofft auf eine Lösung im Laufe des nächsten Jahres, die unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist.

Kommt es zu neuen Sanktionen, so würden diese sicherlich hart unser Wirtschaftsleben treffen und uns in neue unübersehbare Erschütterungen im Innern führen. Wir haben bereits aus der Abtrennung der besetzten Gebiete, der Aufrichtung einer Zollgrenze am Rhein und nun zuletzt des Herausreißen eines Teiles Oberschlesiens aus der deutschen Wirtschaft genügend Erfahrung gesammelt, um uns klar darüber zu sein, mit welchen Machtmitteln unsere Gegner uns entgegentreten können. Wir haben keine Aussicht, von jener Seite eine ruhige, objektive Würdigung unserer Gesamtlage zu erwarten, denn es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, zu welchen unerhörten Anforderungen in bezug auf die Umstellung unserer Betriebe, die der Rüstungsindustrie dienen, gegriffen wurde. Diese Anordnungen haben in den letzten Wochen auch der deutschen Arbeiterschaft wiederum gezeigt, mit welcher Rücksichtslosigkeit in die deutsche Wirtschaft eingegriffen wird, wie unter dem Vorwand, Deutschland in seinem militärischen Aufkommen die Mittel zu entziehen, Anforderungen auf Vernichtung von Betriebsrichtungen gestellt werden, die alles übersteigen, was jemals einem Volke zugemutet worden ist. Leider sind wir nicht in der Lage, uns gegen diese brutalen Gewaltakte so zu wehren, wie es geboten erscheint.

Die deutsche Regierung braucht die Unterstützung der Industrie, um Kreditaktionen auszuführen. Sollte die Industrie auf ihrem Standpunkt verharren, daß sie diese Hilfeleistung nur vollzieht nach Abschluß eines Geschäfts, das auf die Besitzergreifung der Eisenbahnen gerichtet ist, so müßte dieser Widerstand niedergezwungen werden. Unsere Industrie heimst gegenwärtig reichliche Gewinne ein, und sie ist bisher zu den Lasten des Staates nicht in der Weise herangezogen, wie es billigerweise gefordert werden kann. An dem elenden Zustand unserer Finanzlage sind zu einem Teil wenigstens die ungenügenden Leistungen, die der Besitz bisher auf dem Gebiete der Steuer aufbrachte, mitverantwortlich. Wir haben mit einem gewissen Entsetzen den Bericht über den letzten Nachtragsetat, der im Reichsrat zur Behandlung stand, zur Kenntnis genommen. Er ergibt im Abschluß ein Defizit für das laufende Etatsjahr von rund 161 Milliarden, und der Finanzminister hat in der Steuerkommission des Reichstages in seinem Ausblick für den nächsten Etat ein Anwachsen des Defizits in Aussicht gestellt. Eine solche Finanzlage kann nicht gehoben werden ohne einen ersten Zugriff in die Vermögenswerte der besitzenden Klasse. Bringen wir unseren Etat nicht in Ordnung, so wird die Entwertung der Mark nicht aufgehalten und die Preissteigerung für alle Waren geht ins Unendliche. Nicht weniger als 22½ Milliarden sind im laufenden Etat an Mehrforderungen für Gehälter und Löhne in Ansatz gebracht. Aber auch dieser Aufwendung droht noch eine weitere Steigerung, wenn die gegenwärtige Preissteigerung Fortschritte macht, was leider anzunehmen ist.

Diese Preiserhöhung auf dem inneren Warenmarkt ist nicht minder eine starke Bedrohung der inneren politischen Lage. Für die vom Ausland eingeführten Waren ist die Preiserhöhung durch die Entwertung unserer Mark von selbst gegeben. Anders verhält es sich aber mit den Waren, die aus der Produktion im Lande mit heimischen Rohstoffen entstehen. Hier müssen wir leider recht üble Bucherererscheinungen feststellen. Die Ernährungsdebatte, die im Reichstag über diese Frage geführt wurde, hat zu irgendwelchem befriedigenden Ergebnis nicht geführt. Es ist bezeichnend für die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Redners des Zentrums, daß man sich von jener Seite bemühte, den

Nachweis zu führen, daß insbesondere die Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte durchaus begründet sind. Eine Auffassung, die mit irgendwelchem tatsächlichen Material nicht belegt wurde, die vielmehr sich nur in der Abwehr bewegte gegen irgend-eine wieder in Aussicht stehende Zwangswirtschaft. Die Sozialdemokratische Partei hat wiederholt auf die Gefahren hingewiesen, die in der zu frühen Aufhebung der Zwangswirtschaft verborgen sind. Sie sah die Preissteigerung kommen und hat mehr denn einmal, leider erfolglos, warnend gegen die Wiederaufrichtung der freien Wirtschaft sich gewendet. Wir sehen in der Zwangswirtschaft keine Organisation eines Dauerzustandes, aber gegenwärtig einen Schutz der minderbemittelten Volksklassen. Bemerkenswert für die Debatte war es übrigens, daß selbst der Redner der demokratischen Partei irgendwelche kritische Bemerkung über die unerhörte Ausbeutung der Verbraucher bei der gegenwärtigen Preistreibe rei nicht fand, er ging vielmehr dazu über, für die Landwirte in dem besetzten Gebiete zu fordern, daß ihnen bei der Ablieferung des Getreides besondere Erleichterungen gewährt werden mögen; er forderte, daß die letzte Quote der Zwangsablieferung nicht voll in Anspruch genommen werde. Wie wenig begründet eine solche Forderung ist, erhellt daraus, daß im besetzten Gebiet die Landwirte im freien Verkehr noch höhere Preise bekommen als im übrigen Deutschland, also der Gewinn hier noch reichlicher geflossen ist, ohne daß in diesen Kreisen ein Gefühl ausgelöst wäre, daß bei dem reichlichen Segen der freien Wirtschaft nun genügend geschehen ist. Kann man unter diesen Umständen es der städtischen Bevölkerung verargen, wenn sie zu der Auffassung kommt, die Begierde in landwirtschaftlichen Kreisen ist unersättlich? So ist Deutschland bedroht im Innern von Bucherern, außen von Erpressern.

Die Börse hat in letzter Zeit einen kleinen Rückschlag erhalten in der Kurstreibe rei, insbesondere ist auf dem Effektenmarkt eine starke Rückwärtsbewegung der Kurse eingetreten. Die Spekulation hat sich hier gleichsam überschlagen. Sehr interessant ist übrigens, an dem Eingang der Stempelabgabe bei Börsenumsätzen die Zunahme des Umsatzes am Effektenmarkt festzustellen. In der Zeit vom April bis September 1921 sind an Stempelabgaben bei Börsenumsätzen eingegangen 350,44 Millionen Mark, während in dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres 96,64 Millionen Mark zu verzeichnen sind. Man wird deshalb die Erhöhung dieser Stempelabgabe, die jetzt einsetzt, nur begrüßen können und es wäre weiter zu wünschen, daß die Regierung ernstlich an die Frage herangeht, diese Spekulationsgewinne durch Steuern noch schärfer zu erfassen.

Sehr viel Aufmerksamkeit hat die Kapitalerhöhung der AEG hervorgerufen. Dieses große Unternehmen hatte im Mai vorigen Jahres sein Aktienkapital um 350 Millionen erhöht, dazu kam dann eine Verdoppelung des Vorzugsaktienkapitals, das damit auf 500 Millionen erhöht wurde. Nunmehr wird abermals eine Aktienausgabe von 225 Millionen aufgelegt. Da der Kurs der Aktien gegenwärtig um 1000 steht, so würden mit der Neuauflegung dieser Aktien nach dem Kurswert 2 Milliarden neu hinzukommen. Nominell wird das gesamte Aktienkapital sich künftig auf 1 100 000 000 M. belaufen. Aus welchem Grunde diese Erhöhung des Aktienkapitals erfolgt, ist nicht ersichtlich, es sei denn, daß auch hier wie in anderen Unternehmungen die Verwässerung des Aktienkapitals das treibende Motiv ist. Vielleicht ist auch die Erhöhung nur hergeleitet aus dem Wunsche, freie Verfügung zu haben über neue Ausdehnungen dieses Unternehmens. Sehr beachtenswert ist aus der Bilanz der AEG, daß sie aus dem Reingewinn den Betrag von 100 Millionen Mark auf ein Werkernährungskonto bucht und trotzdem noch 16 Proz. Dividende gegen 14 im Vorjahr verteilt. Daß unter diesen Umständen im Ausland nicht der Eindruck erweckt werden kann, daß die Industrie nicht in der Lage ist, größere Mittel aufwenden zu können, um dem Reich aus seiner finanziellen Kalamität herauszuhelfen, ist begreiflich; aber auch für die Regierung wird es sich jetzt darum handeln, daß sie nicht weiter achtlos an diesen Anhäufungen des Besitzes vorübergeht, sondern im Interesse der Gesundung der Finanzlage rücksichtslos zugreift, um den Widerstand dagegen zu brechen.

Arbeiterlöhne und Meisterlöhne.

Von Dr. R. Ruczynski.

Wenn die gemeinwirtschaftlichen „Sozialen Bauhütten“ immer häufiger im Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Bauunternehmern den Sieg davontreiben, so liegt dies nicht zuletzt daran, daß die Aufschläge, welche die Meister auf die Arbeiterlöhne machen und dem Bauherrn in Rechnung stellen, unverhältnismäßig stark gestiegen sind. In Berlin z. B. beträgt gegenwärtig der Stundenlohn des Zimmerers und des Maurers 9,30 Mark, des Buchers 11,60 M., während der Meister für die Zimmererstunde 13,40 M., für die Maurerstunde 13,55 M., für die

Putzerstunde 16,45 Mk. fordert. Vor dem Kriege berechnete der Meister auf die Maurerstunde von 52 Pf. einen Aufschlag von 28 Pf. oder 54 Proz., heute schlägt er auf die Maurerstunde von 9,30 Mk. nicht weniger als 4,25 Mk. oder 46 Proz. Der Gesellenlohn ist auf das 11,3fache, der Aufschlag des Meisters auf das 15,2fache gestiegen.

Wenn ein Baie, der nur gelegentlich einmal eine Reparatur machen lassen muß und dann für die Putzerstunde 16,45 Mk. zu zahlen hat, in Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse über die hohen Arbeiterlöhne klagt, so ist das verständlich. Eine Dreistigkeit aber ist es, wenn Leute, die es besser wissen, so tun, als ob der Putzer die 16,45 Mk. wirklich erhielt. Das gilt z. B. für die Schriftleitung des Organs der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, „Das Grundeigentum“, die vor kurzem (Nr. 43) die von den Meistern geforderten Stundenlohnsätze bekanntgab und hinzufügte:

„Man erzieht daraus, daß die Lohnsteigerungen der Bauhandwerker trotz des Mangels an Arbeit immer weiter fortschreiten und daß beispielsweise eine Putzerstunde mit 16,45 Mk. bezahlt werden muß. Das macht pro Tag 131,60 Mk., pro Woche 789,60 Mark, pro Monat über 3200 Mk.“

Wie sollen bei solchen Löhnen die Hauswirte überhaupt noch irgend etwas machen lassen, und wie verhält sich das Einkommen der Hausbesitzer und vieler anderer Kreise des Mittelstandes zu diesen Arbeiterlöhnen?

Der Meister, der dem Bauherrn zehn Putzer stellt und dafür wöchentlich 7896 Mk. erhält, gehört zu den „anderen Kreisen des Mittelstandes“. Nach Auszahlung der Putzerlöhne verbleiben ihm noch 2328 Mk. für „sonstige Geschäftskosten“ und „Unternehmergewinn“. Sein Einkommen verhält sich so zu dem des Putzers, der einen Wochenlohn von 556,80 Mk. bezieht, daß der Putzer gern mit ihm tauschen wird.

Die Preise steigen . . .

Es liegt wie Sturm in der Luft. Nicht nur, daß der Winterwind tüchtig bläst — auch sonst geht es wie das Mütteln einer harten und schweren Faust durch die Vorstadtgassen. Immer unerschwinglicher, immer unheimlicher wird von Tag zu Tag das Leben. Die Preisausschläge überstürzen sich. Es gibt anscheinend keine Macht, die eine Regelung zwischen Angebot und Nachfrage zu bringen vermöchte. Man stiert einander an mit großen, hungrigen, fragenden Augen. In den Schaufenstern liegen nach wie vor die Waren in bunter, lodender Fülle feil. Aber immer kleiner wird der Kreis derjenigen, die sie zu erstehen vermögen.

Ein altes Mütterchen, mit einem braunwollen Runzelgesicht, steht vor einem Schlächterladen. Ihre müden Augen suchen die beaufenen Scheiben zu durchdringen und die Preise zu entziffern, die an den einzelnen Wurstwaren zu lesen sind. Nur die Preise für das Viertelpfund sind vermerkt. Das hat man wohlweislich getan, um nicht allzu erschreckend hohe Bissen zu erzielen. Die zitternden Lippen der Alten murmeln halblaut vor sich hin, was die Augen erhaschen. Und jedesmal wiegt sich der alte Kopf mit den dünnen, grauen Haarsträhnen auf dem hageren Galse hin und her. Schließlich seufzt das alte Mütterchen laut hörbar auf. Selbst für die billigste Wurstforte will ihr Geldbeutel nicht langem.

Vor einem Schuhgeschäft ein ähnliches Bild. Nur steht hier nicht ein altes Mütterchen, sondern eine Frau in den besten Jahren mit ihren beiden Kindern vor dem Schaufenster. Alle drei benötigen für den Winter, der ja erst in seinem Anfang da ist, dringend heiles Schuhwerk. Aber diesen Plan auszuführen, bedürfte es nahezu eines Tausenders. Und den hat die Frau nicht übrig — haben die wenigsten Frauen übrig, deren Männer das tägliche Brot mit ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit herbeschaffen müssen. Und auch die junge Frau seufzt laut hörbar auf und nur schwer bewegt sie die enttäuscht dreinblickenden Kinder zum Weitergehen.

Ein Frötelin legt durch die schon dämmerdunklen Straßen. Kalt und hart greift es um die Passanten. Der Winterwind ist da. Aber noch etwas anderes lauert, vorläufig noch unsichtbar, in der Dunkelheit. Es liegt wie Sturm in der Luft. Und die Preise steigen . . .

Wie unserem Beruf.

Das Lohnabkommen ist gültig. Das in Dresden abgeschlossene Lohnabkommen ist von unserer Seite frist- und formgerecht gekündigt worden und läuft demzufolge am 31. Dezember dieses Jahres ab. Dieses zur Kenntnis unserer Mitglieder, um Aufforderungen, Ansagen usw. zu erübrigen.

Generalversammlung 1922. Die nächste ordentliche Generalversammlung unseres Verbandes, die auf Beschluß unserer letzten Generalversammlung in Marktredwitz in Dresden stattzufinden hat, wird einberufen werden für die Tage vom 9. bis 16. Juli 1922 nach Dresden. Zur gleichen Zeit findet in Dresden die Jahres-

schau deutscher Arbeit (Erden) statt, auf der die feintexturische Industrie in hervorragendem Maße vertreten sein wird.

Es ist Vorsorge getroffen, daß einige wichtige Veranstaltungen, die von besonderem beruflichen Interesse für uns sind, in der Woche stattfinden, in der die Vertreter unseres Verbandes zur Generalversammlung in Dresden weilen. Der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Wollmann, ist in den Ehrenausschuß der Jahreschau gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

Gräfenthal. Am 30. November waren 25 Jahre verfließen seit dem Tage, an dem unser Kollege Louis Obstfelder unserem Verbands als Mitglied beitrug. Obstfelder, der heute das älteste Mitglied am Orte ist von denen, die seit ihrem Eintritt sich in unserer Zahlstelle befanden und betätigten, hat stets in der vordersten Reihe der um Recht und Gerechtigkeit kämpfenden Arbeiterschaft gestanden. Dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche.

Die Verwaltung der Zahlstelle Gräfenthal.

Die Redaktion der „Ameise“ schließt sich den Gratulanten an Krummenaab. Wie schon des öfteren, geht uns auch jetzt wieder ein Klageged über, daß im Betriebe der Firma Mannl die Behandlung der Arbeiter manches zu wünschen übrig läßt. Insbesondere soll es der Bruder des Firmeninhabers, Herr Ludwig Mannl, sein, mit dem ein Auskommen auf die Dauer nicht möglich ist, sofern er sein Benehmen der Arbeiterschaft gegenüber nicht ändert. Es sind wenig erbauliche Dinge, die uns in dieser Beziehung berichtet werden. Die Arbeiterschaft erklärt, in Zukunft sich diese unwürdige Behandlung nicht mehr wie bisher gefallen zu lassen und erforderlichenfalls mit deutlicheren Mitteilungen an die Öffentlichkeit zu treten. — Dazu möchten wir noch bemerken, daß unsere Kollegen in K. allerdings nicht verpflichtet sein können, unter allen Umständen und in jedem Falle die allein Anständigen sein zu müssen. Solange Ermahnungen und gütliche Vorstellungen ergebnislos bleiben, muß nach dem bekannten Rezept verfahren werden, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört. Soweit es sich um Mängel der Erziehung und nicht um krankhafte Neigungen handelt, kann eventuell mit entsprechenden pädagogischen Mitteln noch eine Besserung erzielt werden. Unsere Kollegen werden selbst erwägen müssen, welche Mittel unter den jeweiligen Umständen am zweckmäßigsten anzuwenden sind.

Benzig. Vom Verband der Glasarbeiter, Verwaltungsstelle Benzig, wird uns mitgeteilt, daß bei den Firmen Rinke & Jörn und Pfifferling & Co., Glasraffinerien in Benzig, O.-L., Disziplinen ausgebrochen sind. Zuzug von Malern nach Benzig, O.-L., ist streng fernzuhalten.

Christliche Methoden. In Nürnberg schon wurde in einer Vorbesprechung, an der die Vertreter der übrigen am Tarif beteiligten Verbände teilnahmen, die eigentümliche Art besprochen, in der das christliche Blatt über die Tarifverhandlungen berichtet. Dort wurde vom Vertreter des christlichen Verbandes dieser Art Berichterstattung ein harmloses Mäntelchen umgehängt, womit die Sache erledigt war. Nun ist aber die Berichterstattung über die jüngsten Verhandlungen in Dresden wiederum in einer vollkommen originell christlichen Art erfolgt, daß die dahinter stehende Absicht schwer zu verbergen ist. Als objektiv wird niemand diese Berichte halten können, der Augen- und Ohrenzeuge dieser Verhandlungen war. In Nr. 24 des christlichen „Keramarbeiter“ vom 1. Dezember d. J. wird über die Abschlußverhandlungen in Dresden u. a. berichtet:

„In reinen Außerlichkeiten sei bemerkt, daß in Dresden ein Schiedsgericht notwendig war, und daß dieses aus vier sozialdemokratischen Gewerkschaftlern und drei Arbeitgebern bestand.“ So — nun wissen die christlichen Leser des Blattes, wie ein Schiedsgericht aussieht. Von einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Sächsische Arbeitsministerium gestellt hat, wird kein Wort gesagt. Die Unparteilichkeit des Vorsitzenden öffentlich in aller Form in Zweifel zu ziehen, wagt das mutige Blättchen nicht, aber so zwischen den Zeilen den unparteiischen Vorsitzenden bei den Lesern denunzieren, weil das Blatt weiß, daß allen Arbeitsschweltern männlichen und weiblichen Geschlechts sofort eine Gänsehaut überläuft, wenn sie etwas von „Sozialdemokraten“ hören, das läßt sich bei einer objektiven Berichterstattung nach christlichem Manier so nebenher erreichen.

An einem anderen Punkte wollen wir die Art der Berichterstattung noch beleuchten. Es wird dort gesagt, die Frage Sozialer oder Leistungslohn stand zur Erörterung. Ein Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes erklärte, daß man die Familienzulagen nicht wünsche, daß man sie abbauen müsse und keinesfalls erweitern könne. Ein Vertreter unseres Berufsverbandes erklärte sich grundsätzlich für den Leistungslohn. Wenn aber nicht Lohn erreicht werden, die das Existenzminimum aller gewährleisten, dann lehne er Familienzulagen nicht ab, insbesondere dann nicht, wenn die Lohnerhöhung der anderen Arbeiter nicht beeinträchtigt wird. Keinesfalls dürfen Familienzulagen auf Kosten der übrigen Arbeiter bezahlt werden.

Wer dieses liest, kann einen anderen Eindruck nicht gewinnen, als daß nur die energischen und grundsätzlichen Christen dafür eingetreten sind, daß die Arbeiter eine Zulage erhalten, die ihnen von den Unternehmern angeboten, von den Vertretern unseres Verbandes aber zurückgewiesen wurde. In Wahrheit liegen die Dinge natürlich ganz anders. In Eisenach boten die Unternehmer, nachdem sie alle von uns gestellten Lohnforderungen abgelehnt hatten, lediglich eine Erhöhung der Kinderzulage an. Nachdem in Eisenach keine Verständigung zustande kam, war auch diese erhöhte Kinderzulage abgelehnt.

In Dresden verlangten wir Festhalten am Prinzip des Leistungslohnes, Erhöhung der Löhne soweit, daß auch jeder verheiratete Kollege dabei sein Auskommen finden könne. Keinesfalls darf das System des Soziallohnes noch weiter ausgebaut, sondern es müsse wieder abgebaut werden, um zum reinen Leistungslohn zu gelangen.

Der christliche Vertreter führte bei dieser Frage einen Eierkatz auf, erklärte sich grundsätzlich für den Leistungslohn, aber ebenso grundsätzlich für den Soziallohn. Während wir dabei bleiben, das Unternehmertum verdiene genügend, um die Löhne für alle so zu stellen, daß jeder dabei auskomme, ob ledig oder verheiratet, erklärte sich der christliche Vertreter schon vorher, noch ehe die Unternehmer sich entschieden, damit einverstanden, daß es genüge, wenn für die Verheirateten ein paar Broden abfallen.

Es ließe sich an den Berichten über die anderen Punkte der Nachweils erbringen, daß das christliche Blatt in einer Weise seine Leser informiert, die mit der Wahrheit und den Tatsachen nicht übereinstimmt. Wir wollen davon absehen, noch weitere Beweise zu erbringen.

In einer besonderen Notiz nimmt für das westdeutsche Gebiet ein gewisser F. das Wort, um unseren Verband, bezw. unsere Mitglieder anlässlich der jüngsten Lohnbewegung zu kritisieren.

Es wird dort geschrieben:

„Die Verhandlungen in Eisenach waren gescheitert, der Reichsarbeitsminister seitens der Arbeitgeber um seine Vermittlung angerufen, und jeder vernünftige Feinkeramikler rechnete mit einer baldigen Erledigung durch Ausgleich der noch bestehenden Differenzen, aber weit gefehlt! Es schien vielmehr beabsichtigt zu sein, die Differenzen durch Kampf erledigen zu lassen. Es schien aber nur so, und von einer Einheitlichkeit der Maßnahmen, wie solche nur den Erfolg verbürgen, war nichts zu spüren. Während in der einen Ortsgruppe der Kampf propagiert und auch begonnen wurde, war in anderen Ortsgruppen alles, aber keine Kampf Stimmung, und wurde insolgedessen ruhig weiter gearbeitet. Z. B. in Bonn, Duisdorf wurde der Kampf zur angegebenen Zeit in allen Betrieben begonnen, dagegen in Dresden, Alt- und Neuhaldensleben und in vielen anderen Orten, wo nur der Porzellanverband regiert, nicht. Einer solchen Uneinheitlichkeit mußte der Erfolg verjagt bleiben. Aber auch noch ein anderer Umstand reizte zum Nachdenken: die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister wurden abgelehnt, und letzten Endes begnügte man sich mit einem Schiedspruch eines einzelstaatlichen Ministeriums. Warum wohl das? Und was ist dabei herausgekommen? Ein klägliches Ergebnis im Verhältnis zur Aufmachung und der schreitenden Teuerung und der Konjunktur. Und nun hat man uns einen Spruch diktiert, der wenigstens für Westdeutschland auch nicht annähernd das bringt, was andere Industrien in freier Verhandlung gewähren. Regt dies nicht zum Nachdenken an? Verändern wir nicht bei unserem Reichslohntarif? Und was sagen denn die Bonner Genossen zu dem Ergebnis des Schiedspruches? Sind sie nicht mit die Leidtragenden im Westen ganz besonders, weil sie so forsch den Streit propagierten? Was sagt nun Genosse Brandt? Wie bemüht man sich jetzt, das als einen Erfolg hinzustellen, was man vorher als eine Bagatelle bezeichnete. Mehr Mühe und mehr Ueberlegung hätten für die Bonner Kollegen einen ungleich größeren Erfolg bedeutet. Merken wir es uns für die Zukunft.“

Das sagt und schreibt jemand, der in Eisenach und Dresden den Verhandlungen beigewohnt hat. Erst sagt er, jeder vernünftige Feinkeramikler rechnete mit einer baldigen Erledigung durch Ausgleich der noch bestehenden Differenzen, d. h. durch sofortigen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums.

Der Schreiber F. stellt die Sache so dar, als ob in Eisenach so ziemlich alles, was von uns gefordert wurde, bewilligt worden wäre, bis auf einige Bagatellen, die durch Spruch des Reichsarbeitsministers bald erledigt werden konnten.

Sedoch einige Zeilen weiter nennt er das Ergebnis des Dresdener Schiedspruches ein klägliches, obwohl er weiß, daß ohne die Ereignisse in der Zwischenzeit zwischen Eisenach und Dresden dieser Schiedspruch nicht zu erzielen gewesen wäre. In dem von uns einaangs kritisierten Bericht in Nr. 24 der „Keramiker-Zeitung“ kann F. nachlesen, daß den Unternehmern es in Dresden nur darauf ankam, zu retten, was noch zu retten war,

um es nicht zur Aussperrung kommen zu lassen. Im letzteren Falle wäre nach Auffassung der christlichen Straiegen der Unternehmerverband vollends in Trümmer gegangen. Diese nach christlicher Auffassung für die Arbeiter ungemein günstige Situation war doch in Eisenach nicht vorhanden und wäre auch wenige Tage später in Berlin noch nicht vorhanden gewesen.

Was soll man weiter dazu sagen, wenn F. behauptet, wo die Christen mit in Frage kamen, wurde gestreift, wo unser Verband allein regiert, aber nicht. Hat F. nicht aus unserer „Umseife“ ersehen, daß ca. 30 000 Mitglieder unseres Verbandes gestreift haben? Daß es die Christlichen auf 300 Streitende gebracht haben sollten, glauben wir nicht; sie selbst gehen ja jeder Zahlenangabe über ihre Mitglieder in unserem Verbands aus dem Wege. Was soll denn diese Wichtigtuerei dann für einen Zweck haben? Wir glauben, nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß man im christlichen Lager damit rechnet, bei Gelegenheit der Beitrags-erhöhung in unserem Verbands in den schwarzen Bezirken einige Mitglieder von uns einzufangen zu können. Aus diesem Grunde wird die ganze Lohnbewegung dahin zurechtgebogen, daß die naiven Leser der „Keramiker-Zeitung“ annehmen müssen, daß alles verloren war, wenn die Christen nicht dabei gewesen wären.

Eine ganze Anzahl von Vertretern unseres Verbandes haben schon angeregt, die „Christlichen“ ihre Tarife allein abschließen zu lassen. Diese Auffassung wird event. weiter an Woden gewinnen.

Kunstporzellane werden gesucht.

In einem im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Artikel wird der Erzeugung von Kunstporzellanen in der Staatsmanufaktur zu Berlin besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Wir brauchen hier nicht des näheren darauf einzugehen, welchen besonderen Umständen die Berliner Manufaktur ihren Weltruf verdankt, bezw. worin die besonderen Eigenheiten in der künstlerischen Vollendung ihrer Erzeugnisse bestehen. Uns interessiert in der Hauptsache die Konstatierung der Tatsache, daß die Erzeugnisse der Berliner Staatlichen Porzellan-Manufaktur, insbesondere kostbare Luxus- und bessere Gebrauchsservice heute ungemein stark begehrt werden. Insbesondere sollen es Ausländer sein, die alle Winkel durchstöbern, um Berliner Porzellane kaufen zu können. Auch Inländer, die mit Papiergeld bedeutend reichlicher versehen sind, als die Arbeiter, legen ihre Gelder in diesen kostbaren Porzellanen an. Es wird auch weiter dabei erwähnt, daß es mehr und mehr gelingt, die während des Krieges sich stark fühlbar gemachte japanische Konkurrenz wieder zurückzudrängen durch die Güte der deutschen Erzeugnisse. Die Staatliche Porzellan-Manufaktur gehört zu den wenigen Staatsbetrieben, die nicht nur kein Defizit aufzuweisen hat, sondern noch einen namhaften Ueberschuß an die Staatskasse abführen konnte. — Und trotzdem wurde versucht, bei unseren Tarifverhandlungen die Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft dieser Manufaktur zu verschlechtern und die wöchentliche Arbeitszeit um 2 Stunden zu verlängern.

Vermischtes.

Die Weltfirma Carl Zeiss, Optische Werkstätten in Jena, beging am 17. November 1921 ihr 75jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß gab die Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei, G. m. b. H., Jena, eine 32seitige illustrierte Jubiläumsnummer heraus, die in jeder Hinsicht der Bedeutung der Firma gerecht wird. Unerkannte Persönlichkeiten, wie der bekannte Jenaeer Physiker Professor Auerbach, Professor Straubel-Jena, der geistige Urheber des für die Thüringer Industrie so wichtigen Saalealsperrenprojektes, Professor Willbrandt-Tübingen und viele andere hervorragende Wissenschaftler und Volkswirtschaftler wurden vom Verlag als Mitarbeiter gewonnen. Ihre Aufsätze sind für jeden von Wert, der dem großen und eigenartigen Werte Abbes teilnehmend gegenübersteht und die Bedeutung dieses Großbetriebes zu schätzen weiß. Der Verlag versendet die Jubiläumsnummer an Interessenten zum Preise von 2 M. einschließlich Porto.

Die Erhaltung des deutschen Handwerks. Zur Einleitung einer Aktion, die Verständnis für den Wert des handwerklichen Könnens und seine Erhaltung in Deutschland wecken soll, sprach der Reichskunstwart Dr. Edwin Redlob im Verein für deutsches Kunstgewerbe.

Das Handwerk, führte er aus, beruht auf Tradition und ist damit das größte Problem der Erziehung, das wir überhaupt haben. Die Industrie wird lernen müssen, daß jede Entwicklung unmöglich ist, wenn das vererbte Können der Hand ausstirbt. Nur durch gesunde Arbeit des Handwerks kommen wir von dem kunstgewerblichen papiernen Entwurfsstil los. Noch heute schnitzen die Leute im Erzgebirge abends in ihrer alten Weise ohne jeden Auftrag. Die Glasbläser im Thüringer Wald haben die Tiere um sich, die die Lauschaer Glasbläser bilden. So hat jede unserer Landschaften ihr bestimmtes Können. Der ganze

Organismus unseres deutschen Landes im Zueinandergetreten der landschaftlichen Gegensätze stellt ein ganzes kleines Europa für sich dar. Und die heimatische Eigenart Deutschlands ist untrennbar mit dem Handwerk verbunden.

Die Schwierigkeit für das Handwerk liegt heute darin, daß nicht gebaut wird. Wir könnten uns wieder gesund bauen. Man nimmt uns alles, aber das einzige, was nur wir selbst uns nehmen können, ist das Können. Wie es jetzt steht, ist die Arbeit zu sehr in der Hand der Fünfzig- und Sechzigjährigen. Die Erhaltung des Könnens bei der Jugend, um das nationale Vermögen zu bewahren, ist die wichtigste Frage. Zwar können mit wenig Erlassen Milliarden von Werten tot gemacht werden, mit wenig Millionen lassen sich aber auch diese Werte erhalten. Oft genügt ein einziger Auftrag an den richtigen Menschen, um hier rettend einzugreifen. Wenn man heute noch tauschieren kann oder in Schlefien den alten Glasschliff versteht, dann ist schon sehr geholfen, wenn man nur einen tatsächlichen Auftrag im richtigen Augenblick vergibt. „Wie kann ich Hände sparen?“ ist heute ein übles Regelwort. So kommen Abziehbildchen auf Porzellan, während man Porzellanmaler sparen will. Dann macht zwar eine Generation von Bucherern gute Geschäfte, aber wenn diese Ware aufgesogen ist, macht sie für alle Zeit Propaganda gegen Deutschland. Eine starke Bewegung, die das Verantwortungsgefühl wieder weckt, muß hier helfen.

Der lebhafteste Beifall und die anschließenden Bemerkungen, z. B. des Vertreters der Weltener Kunsttöpferei, lehrten, für wie wichtig diese Propaganda für die Erhaltung unseres Erbes an handwerklichem Können heute angesehen wird.

Versammlungsberichte.

Dresden und Umgegend. Unser neuer Tarifvertrag und seine Auswirkung für den Dresdener Bezirk, lautete das Thema, das Kollege Uhlmann in fünf gutbesuchten Versammlungen im Bezirk behandelte. Ausgehend von Eisenach, ließ er die einzelnen Stationen, wo zur Vollenbung des Werkes Geburtshilfe geleistet wurde, Revue passieren. Er schilderte vor allem die Bemühungen der Mitglieder des Landesreinigungsamtes in Nürnberg, um dann den Kollegen die Ursachen vor Augen zu führen, die auch die in Dresden noch geplant gemessenen freien Verhandlungen unmöglich machten. Bei Betrachtung des neuen Manteltarifes stellte Uhlmann diesem den Unternehmerentwurf von Eisenach entgegen. Bei solch einer Gegenüberstellung müssen wir schon zugestehen, daß wir mit Bezug auf den Rahmentarif als Oblieger aus den Verhandlungen hervorgehen. Daß aber der Manteltarif über das Lohnabkommen in der Bewertung zu stellen ist, dürfte für einen Gewerkschaftler eine Binsenwahrheit sein. Alle diejenigen aber, die sich darüber bis jetzt noch nicht klar waren, müssen durch die Stellungnahme der Unternehmerseite in dieser Frage bei den verflochtenen Verhandlungen nunmehr ohne weiteres zu dieser Erkenntnis kommen. Wir dürfen jedoch diesmal weder den Manteltarif noch das Lohnabkommen für sich betrachten, um zu einer ehrlichen Bewertung der von den Dresdener Unparteiischen geleisteten Arbeit zu gelangen. Die vor uns liegende Arbeit muß unbedingt als Ganzes bewertet werden, denn nur im Verein mit dem Manteltarif ist das neue Lohnabkommen für uns überhaupt diskutabel. Dem letzteren wohnt die Tendenz inne, die sogenannten Spitzenverdiener zu beschneiden. Ein Beginnen, das dem Unternehmerverband schon seit langem als erstrebenswertes Ziel vorgezeichnet hat. Wir können jedoch auf Grund unserer praktischen Erfahrungen nicht glauben, daß die Motive zu diesem Streben wirklich ehrlich waren, das heißt, wir können nicht glauben, daß man wirklich nur die sogenannten Spitzenverdiener treffen wollte. Im Gegenteil, nach allen unseren Wahrnehmungen hat man zu jeder Zeit solche Spitzenverdiener in den einzelnen Betrieben direkt großzügig gezogen; um sie zu erhalten, hat man sogar betreffs der Qualität deren Arbeit ein, manchmal auch alle beide Augen zugebrückt. Also, die wirklichen Ziele des Unternehmerverbandes müssen schon andere gewesen sein. Es ist im übrigen wohl selbstverständlich, daß Spitzenverdiener, die wir als solche ansehen, durch den Tarif überhaupt nicht getroffen werden können. Daraus geht aber klipp und klar hervor, daß man alle unsere Kollegen, die es im Verlauf der letzten beiden Jahre im Rahmen des Tarifes erreicht hatten, ihren Verdienst zu heben, treffen wollte, daß man deren weitere Steigerung unbedingt verhindern wollte.

Es dürfte nicht müßig sein, zu versuchen, sich ein Bild von der Auswirkung zu machen, die dieser Schlag gegen die angeblich hohen Verdienner Endes auslösen muß. Zuerst einmal, wo sind in unserer Industrie die hohen Verdienste zu finden, die nach Ansicht des Unternehmerverbandes nicht mit dem Tarif in Einklang gebracht werden können? Zu dem letzteren muß immer wieder betont werden, daß unser Tarif eine Grenze nach oben nicht kennt, demzufolge auch der höchste Verdienst, der ordnungsgemäß vereinbart wurde, als im Rahmen des Tarifes angesehen werden muß. Vereinbart sind aber bestimmt alle die Verdienste, die unseren Kollegen einen, nach Ansicht der Unternehmer, hohen Verdienst erzielen ließen. Entweder verlangte die wirtschaftliche Struktur des in Frage kommenden Betriebes gebietend eine solche Lohnsetzung, als wie sie der Tarif mit seinen Sätzen brachte, oder die besonderen Leistungen unserer Kollegen verlangten eine besondere Lohnsetzung. Im ersteren Falle werden sich die Verdienste der Vergangenheit, auch in der Zukunft stärker erweisen als irgendein Diktum des Unternehmerverbandes. Im letzteren Falle aber dürften die Qualitätsbetriebe sehr bald einsehen, daß unsere hochqualifizierten Kollegen gar nicht daran denken, sich ihre Arbeitskraft durch den Unternehmerverband bewerten zu lassen. Doch auch die in Frage kommenden Betriebe als solche dürften den mit unserem neuen Lohnabkommen beschrittenen Weg nicht allzu weit mit-

gehen. Vielleicht steigen den verantwortlichen Leitern dieser Betriebe schon jetzt, nachdem sie dieses schwer verständliche Abkommen erlassen haben, über dessen Durchführbarkeit Bedenken auf. Glaubt ein Mann unserer Industrie, daß eine technische Vorwärtsentwicklung unserer Produktion ohne die tätige Mithilfe unserer Produktionsarbeiter möglich ist? Eine Ausschaltung dieser Arbeiterköpfe würde sich schwer rächen. Rächen vor allem an unseren Qualitätsbetrieben und damit an der Industrie überhaupt. Man schaltet aber unsere Kollegen von solch einer Mitarbeit aus, wenn man sie, wie durch das vorliegende Lohnabkommen, bestrafen will.

Die Erläuterung des ziffernmäßigen Abkommens löste in den Versammlungen ein lautes Lachen aus, und überall verbat man sich, daß unseren Kollegen in Zukunft nochmals ein solches Abkommen präsentiert wird. Die Vertrauensleute des Bezirks wurden beauftragt, in allen Betrieben die Auswirkung des Abkommens genau zu erfassen, um dann eventuell bezirklich das zu fordern, was man durch den Vertrag vorenthalten hat.

Am stürmischsten verlief die Porzellanmalerverammlung in Dresden. Diese unsere Kollegen haben in größerer Zahl fünf Vierteljahre nur von der Arbeitslosenunterstützung leben müssen. Der Rückstand der Mark hat bewirkt, daß auch die durch die Veredelung höchst wertvoll gewordenen Porzellane reichen Absatz finden. Die Preise für diese Erzeugnisse sind geradezu fabelhaft zu nennen. Unsere, die Werte schaffenden Malerkollegen aber möchten nach wie vor sich ihre Fähigkeiten durch die Betriebsinhaber in einer Weise bewerten lassen, daß ihr Verdienst noch unter dem eines Straßenarbeiters zu stehen kommt. Unsere Malerkollegen protestierten deshalb scharf gegen das neue Abkommen, weil der Tarif für Dresden Löhne bringt, die jetzt schon circa 4 Mt. unter dem bewegen, was in anderen Industrien am Platze an Arbeiter gewährt wird, deren Arbeitsleistung nicht im entferntesten mit den übrigen zu vergleichen sind. Die Maler konnten sich vor allem nicht mit der langen Befristung des Vertrages befriedigen, denn die vorgesehenen Aufschläge von 5 Proz. stellen bei weitem keinen Ausgleich für die sprunghafte Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände dar. Sie beantragen deshalb:

1. Das Lohnabkommen wird am 30. November zum 31. Dezember gekündigt.
2. In Zukunft muß das Lohnabkommen so kurzfristig wie möglich abgeschlossen werden. Auf ein Vierteljahr lassen sich zurzeit die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erfassen.
3. In Zukunft muß ein Lohnabkommen, wie das jetzige, unbedingt verhindert werden; deshalb müssen bei den kommenden Verhandlungen Forderungen auf die Effektivverdienste unter gleichzeitiger Erhöhung der Mindestlöhne verlangt werden.
4. Stehen vierwöchentlichen Lohnvertragsabschlüssen technische Schwierigkeiten entgegen, dann soll vereinbart werden: Die Spitzenverdiener der beiden Vertragsverbände sind gehalten, die Preisbewegungen zu beobachten und von sich aus für den notwendigen Lohnausgleich zu sorgen, ohne daß erst der Lohnvertrag gekündigt werden braucht.

M.-Glabach. Zum Versammlungsbericht in Nr. 47 der „Ameise“ sendet der Kollege Janzen uns eine Erklärung, der wir selbstverständlich Raum geben. Es gibt zu sich dagegen gewandt zu haben, daß unser Verband sich für eine Erhöhung der Löhne für Lehrlinge ins Zeug lege. Es gibt auch den Grund dafür an, der im Versammlungsbericht nicht enthalten ist. Es meint, die Bezahlung der Lehrlinge sei durch Kontrakt geregelt und da könne nicht der Verband, sondern die Eltern oder Vormünder als Kontraktkontrahenten mit auf eine bessere Bezahlung drängen, sofern eine solche überhaupt möglich sein sollte. Demnach scheinen die Dinge so zu liegen, daß unsere Mitglieder gar keinen Einfluß auf das Arbeits- und Lohnverhältnis der Lehrlinge ausüben können, auch gar keine Kenntnis davon haben, wie solcher Lehrvertrag beschaffen ist. Hier werden die Kollegen des Hebel ansehen müssen. In der Lokalpresse die Eltern und Vormünder aufmerksam machen, daß sie immer, wenn die Termine der Schlußabmachungen bevorstehen, Lehrverträge bei den und den Firmen nicht abschließen sollen, bis sie mit einem beauftragten Kollegen von der Rücksprache genommen haben. In irgendeiner Form muß sich die Organisation am Orte auch Einfluß auf das Verhältnis der Lehrlinge verschaffen wissen. Das erfordert das Interesse unserer Kollegen und damit auch das Interesse der Lehrlinge, die nach Ablauf der Lehrjahre auch unsere Kollegen sind.

Schramberg. Am Samstag, den 19., und Sonntag, den 20. November, fand in Schramberg im „Gasthaus zum deutschen Kaiser“ eine Konferenz der süddeutschen Zahlstellen statt, der folgende Tagesordnung zugrunde lag: 1. Bericht des Kollegen Galtner aus Schramberg über die Tarifverhandlungen in Nürnberg und Dresden. 2. Stellungnahme zum Tarif. 3. Stellungnahme zur Neuorganisation der Verbandsbeiträge und Unterstützungsätze. 4. Wahl des nächsten Tagungsortes. 5. Verschiedenes. — Vertreten sind 6 Zahlstellen durch 11 Delegierte.

Der Vorsitzende Herrmann, Zell, eröffnete die Sitzung um 8 Uhr, begrüßte die Erschienenen und gab obenstehende Tagesordnung bekannt. — Kollege Galtner begrüßte die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Schramberg und wünschte der Konferenz besten Erfolg. Er ging hierauf zu Punkt 1 der Tagesordnung über. In trefflichen Worten schilderte derselbe nun die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen ergeben hatten. Nur mit vieler Mühe war eine Einigung zu erreichen, und diese nur wieder durch Fällung von Schlichtungsfragen. — Vorsitzender Herrmann dankt Kollegen Galtner für seinen ausführlichen Bericht und stellt fest, daß die Delegierten der Hauptvorstand ihr Bestes getan haben, um etwas Brauchbares zu erreichen. Wenn unsere Wünsche nicht ganz erfüllt wurden, so lag dies zum Teil an der Arbeiterschaft selbst, die nicht ihre ganze Kraft einsetzt für die Interessen der Allgemeinheit. Von der Diskussion über den Bericht wurde lebhaft von allen Delegierten Gebrauch gemacht. Das Schlußwort erteilte Kollege Galtner alle zur Einigkeit und zu einem festem und engerem Zusammenschluß im Interesse der Arbeiterschaft selbst. Um 8 1/2 Uhr abends wird die Sitzung auf Sonntag, den 21. November, 8 Uhr, vertagt.

Am 8 Uhr am Sonntagmorgen wird die Sitzung wieder eröffnet und in den Punkt 2 der Tagesordnung eingetreten, wobei es gleich zu lebhafter Debatte kam, aus der sich folgende Resolution an den Hauptvorstand entwickelte und einstimmige Annahme fand:

Die am 19. und 20. November in Schramberg stattgefundene Konferenz der süddeutschen Zahlstellen Baden-Württemberg spricht dem Hauptvorstand sowie den Delegierten bei den Tarifverhandlungen in Eisenach, Nürnberg und Dresden ihren Dank und ihr Vertrauen aus und erkennt an, daß von unserer Seite das Mögliche getan wurde, um einen annehmbaren Tarif zu erreichen.

Die Konferenz bittet den Hauptvorstand, das Lohnabkommen am 1. Dezember zu kündigen, da es durch die gewaltig fortschreitende Teuerung schon weit überholt ist und die 5- resp. 10-prozentige Zulage einen Ausgleich bei weitem nicht mehr schaffen könne.

Punkt 3 wird eingehend behandelt und der Vorschlag des Hauptvorstandes gutgeheißen, da es eine Notwendigkeit ist, um die kommenden Lohnkämpfe mit Erfolg bestehen zu können. Es soll in diesem Sinne aufklärende Arbeit in den Zahlstellen geleistet werden.

Punkt 4. Hell a. S. wird als nächster Tagungsort bestimmt. — Im Punkt 5 wird u. a. verlangt, daß endlich mal ein Mitglied des Hauptvorstandes die süddeutschen Zahlstellen bereist, und wurde ein diesbezüglicher Antrag an den Hauptvorstand gerichtet. — Vorsitzender Herrmann schließt die Konferenz um 11 Uhr vormittags mit Worten des Dankes an Schramberg und fordert die Delegierten auf, alles daranzusetzen, eine einige, zielbewusste Arbeiterschaft heranzubilden, um mit Erfolg die kommenden Kämpfe mit dem Großkapital bestehen zu können.

Selb. Schon lange vor Beginn der Zahlstellenversammlung am 14. November 1921 war jedes Plätzen ausgenützt, standen die Mitglieder wie die Mauern im Saale der Pentralhalle, der leider hundertmal nicht mehr bot. Das Bedürfnis nach Klarheit über die Verhandlungen und das Lohnabkommen — das durch die vorhergegangenen Werks- und Personalversammlungen zum größten Teil nicht erzielt wurde — die Notwendigkeit der Leistung von Extrabeiträgen und anderes mehr, dies mußte bei der Kollegenschaft lebhaftes Interesse erwecken, und die völlige Klärung der Sachlage war dringend erforderlich, um einer Disharmonie wirksam zu begegnen. Zunächst schilderte Kollege Neitsch in anderthalbstündigen Ausführungen das Ergebnis der Verhandlungen, warf einen Rückblick auf das Ergebnis von Eisenach, die Streikbewegung und kam sodann auf die Schwierigkeiten der Verhandlungen in Nürnberg und Dresden zu sprechen. In Verbindung damit mußte die Mitwirkung des Schiedsgerichts und die Auswirkung der Schiedsprüche besonders betont werden. An Hand verschiedener Beispiele wurde die Lohnumstellung sowohl bei Akkordarbeitern als auch beim Zeitlohnssystem klar erläutert. Eine Diskussion darüber wurde nicht beliebt, zumal über die materielle Auswirkung des neuen Lohnabkommens schon in der eingangs erwähnten Versammlung zum Ausdruck kam, daß durch die ungeheure Preissteigerung der letzten Zeit die Angehörigen von Dresden überholt gelten. Benesse Wohner verwies sodann unter Verwertung von einwandfreiem Zahlenmaterial auf die Pflicht zur Zahlung der vom Vorstand beschlossenen Extrabeiträge unter ausdrücklicher Betonung, daß sich die Mitglieder strikte danach zu halten haben. Im Weigerungsfalle wird gegen diese nicht auf der Höhe Stehenden mit den erforderlichen Maßnahmen vorgegangen. In der ausgiebigen, sehr sachlichen Diskussion wurde von allen Rednern die Notwendigkeit stark unterstrichen. Ein diesbezüglicher Antrag, zu beschließen, daß sich die Zahlstellenversammlung von der Notwendigkeit der Erhebung von Extrabeiträgen voll und ganz überzeugt hält und gegen Widerspenstige mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden soll, fand eine einstimmige Annahme. Sodann sprach Kollege Wohner über die nicht mehr zu umgehende Beitragserhöhung. Eine Steigerung der Beitragssätze um 100 Proz. unter Beibehaltung der bisherigen Unterstützungsätze im Falle der Erwerbslosigkeit mit dem Ausmaße, daß die Pfennigberechnung nach Tagen in Wegfall kommen soll, d. h. die Beträge aufzurunden sind, esgleichen eine Milderung hinsichtlich der Wöchnerinnenunterstützung dabei erforderlich. Die Streikunterstützung hingegen aber muß mindestens um 100 Proz. erhöht werden, so daß allmählich der Charakter einer Kampforganisation in den Vordergrund tritt und der nächste, als ob wir eine Unterstützungskasse sind, ausgeschaltet wird. Eine einstimmige Annahme fand abermals der Antrag, vorstehendes dem Vorstand zu unterbreiten und ihn zu einer alsbaldigen Mitgliederabstimmung zu verpflichten. Die von einer Abteilung in gleicher Sache vorgelegte Resolution war in dieser Abstimmung inbegriffen und lautete wie folgt: „Die Versammlung gibt die Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu, steht aber auf dem Standpunkt, daß wir dem gewaltig organisierten Kapital nicht allein mit unserer Kasse entgegen treten können. Wir fordern deshalb vom ADGB mit allem Nachdruck, daß die zahllosen Einzelkämpfe zusammengefaßt und gesteigert werden zur Einheitsaktion der gesamten Arbeiterschaft. Wir verlangen, daß in der „Ameise“ der Gedanke und die unbedingte Notwendigkeit der Zusammenfassung der Arbeiterschaft propagiert wird und unsere Mitgliedschaft in dieser Weise auf die kommende, noch näher werdende Verelendung aufmerksam gemacht wird.“ — Nach einigen Mitteilungen war die äußerst imposante und sachlich verlaufene Versammlung an ihrem Ende. Der Vorsitzende konnte mit Genugung feststellen, daß es nur einige Quertreiber sind, die das unangenehme Fundament der Zerstückelung treiben wollen, denen man auf die Finger sehen muß. Wohlbedient über den Verlauf verlassen die Redner, um Erfahrungen reicher, den Saal — auch diese, die stundenlang auf einem Platz stehen mußten — mit dem Gelohnis der Freue zur Organisation und dem festen Willen, diese zur Kampforganisation auszubauen und die Mitglieder als aufgeklärte Klassenkämpfer zu erziehen.

Tellow. Am Montag, den 14. November, nahm die hiesige Zahlstelle Stellung zum neuen Lohnabkommen. Der Vorsitzende gab eine kurze Erläuterung des Abkommens und gab die nun bestehenden Löhne resp. Löhne bekannt. In der Ansprache war sich die Versammlung darüber einig, daß die Lohnerhöhung durch die kolossale Preissteigerung schon längst überholt ist, und daß als einziges Mittel, die Arbeiterschaft einigermaßen gerecht zu werden, die gleitende

Lohnskala einzuführen ist. Anschließend an die Ansprache teilte der Vorsitzende mit, daß eine Abstimmung stattfinden soll mit dem Zweck, die Beitragssätze zu erhöhen. Die Notwendigkeit der Erhöhung wurde anerkannt.

Unterweißbach. Der Vorsitzende Thomas eröffnete die Versammlung vom 9. November und begrüßte die erschienenen Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach er über den Revolutionsstag, gedachte der Opfer, deren Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Zu Punkt 1 sprachen die Verwaltungs- und Betriebsratsmitglieder an Hand des vom Hauptvorstand zugehenden Materials über den Tarif. Es entspannen sich rege Debatten. Es wird der Antrag gestellt, den Hauptvorstand zu beauftragen, das Lohnabkommen bis zum 30. Dezember zu kündigen. Eine Begründung erscheint den Anwesenden für überflüssig, da die von Tag zu Tag steigende Teuerung diese sich von selbst ergibt. Dieser Antrag wurde mit 132 gegen 3 Stimmen angenommen. — Zu Punkt 2 gab es betriebliche und örtliche Auseinandersetzungen, wobei auch das Verhalten des Betriebsleiters Saar gebrandmarkt wurde. Saar ließ im Juli eine Liste zirkulieren, wobei jeder Arbeiter seinen Bedarf an Kartoffeln angeben mußte. Alle Arbeiter waren daraufhin unbesorgt wegen der Beschaffung von Kartoffeln für den Winter. Doch die Freude der Arbeiter ist ins Wasser gefallen. Ende September und die ersten Tage im Oktober waren die Kartoffeln Herrn Saar zu teuer. Dann brach der „Streik“ aus, und da war es natürlich vorbei. Die Arbeiterschaft erinnerte Herrn Saar an die Worte am Tage der Demonstration beim Neubau. Interessant ist dabei, daß Herr Saar eine Ladung Kartoffeln für seine nicht streikenden Angestellten (fünf an der Zahl) bestellt hat. Diese Ladung kam und wurde an Angestellte und Vorarbeiter, sogar an Außenstehende, wie z. B. Straßenwärter, Briefträger und Postagenten, verteilt. Zu bemerken wäre noch dabei, daß diese sämtlich ihren Winterbedarf schon hatten, dagegen der größte Teil seiner Arbeiter seit Wochen keine Kartoffeln mehr zu essen hat. Die Arbeiterschaft wird sich dieses Gebahren merken und zur gegebenen Zeit sich unterstreichen. Zum Schluß der Versammlung erinnerte Kollege Thomas an die zu zahlenden Extrabeiträge.

Walbershof. Unsere am 25. November abgehaltene Zahlstellenversammlung war, wie gewöhnlich, nur mäßig besucht. Man besaß sich in der Hauptsache mit der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in bezug auf Leistung von Extrabeiträgen. Gegen die Bestimmungen des Hauptvorstandes wurde Protest erhoben. Von seiten der Mitglieder konnte nicht eingesehen werden, warum den im Streik gestandenen Mitgliedern so viel Extrabeiträge aufgebahrt werden. Eine Erhöhung der Beiträge scheint wohl berechtigt, aber mit einer Nachzahlung von Extrabeiträgen könne man sich unter keinen Umständen einverstanden erklären. Nachdem ein Kollege den Antrag auf Ablehnung der Extrabeiträge gestellt hatte, wurde dies von der Versammlung einstimmig angenommen.

Anmerkung des Schriftleiters: Die Kollegen in Walbershof scheinen sich in einem bedenklichen Irrtum zu befinden. Der Vorstand ist berechtigt, bzw. wenn die Verhältnisse es erfordern, verpflichtet, Extrabeiträge für die Dauer von längstens 13 Wochen anzuordnen. (Siehe § 31, Ziffer 7 b. Stat.) Sind aber Extrabeiträge statutengemäß vom Vorstand ausgeschlossen worden, dann sind die Mitglieder nach § 12, Ziffer 2 des Statuts verpflichtet, diese auch zu leisten. Die Nichtzahlung von Extrabeiträgen zieht den Verlust der Mitgliedschaft genau so gut nach sich, wie die Verweigerung der Zahlung von ordentlichen Beiträgen. Der Beschluß der Zahlstelle ist demzufolge null und nichtig, weil einer einzelnen Zahlstelle, bzw. den Zahlstellen überhaupt ein statutarisches Recht nicht zusteht, Vorstandsbeschlüsse außer Kraft zu setzen. Die Mitglieder in Walbershof sind demnach verpflichtet, trotz ihres Beschlusses, die Extrabeiträge zu zahlen, sofern sie Wert darauf legen, Mitglieder unseres Verbandes bleiben zu wollen. Soviel zur rechtlichen Seite dieser Angelegenheit.

Der Beschluß der Zahlstelle entbehrt aber auch einer begründeten sachlichen Grundlage. Von einer Nachzahlung von Extrabeiträgen kann doch gar keine Rede sein. So lange diese Mitglieder im Streik standen und Streikunterstützung bezogen haben, sind sie von der Leistung von Extrabeiträgen befreit. Nur für die Wochen, die als Arbeitswochen gelten, sind die Extrabeiträge zu leisten. Die Erklärung, eine Erhöhung der Beiträge sei zwar berechtigt, hat aber nur platowischen Wert, wenn in demselben Atemzuge hinzugefügt wird, daß man die erhöhten Beiträge aber nicht zahlen will. Daß die Erhebung von Extrabeiträgen an sich eine unvermeidlich notwendige Maßnahme ist, wurde in der „Ameise“ schon wiederholt erklärt. Wenn den Kollegen in Walbershof die Höhe der Extrabeiträge zu weitgehend ist, dann kann nur gesagt werden, daß sich die Kollegen dort anscheinend keine rechte Vorstellung davon machen können, welcher Mittel unsere Organisation bedarf, wenn sie allen Anforderungen genügen soll, die an sie gestellt werden. Hoffentlich sehen unsere Kollegen in W. auch noch zur rechten Zeit ein, daß es notwendig ist, unsere beste Waffe im wirtschaftlichen Kampf scharf und zu jeder Zeit verwendungsfähig zu erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Althaldensleben, Hüttensteinach, Rabla und Lettin mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

Quittung.

Für unser krankes und bereits am 10. November 1921 verstorbene Mitglied Albin Forkel gingen folgende Beträge ein: Annaburg 20,—; Arzberg 25,—; Berlin 30,—; Eißnerwerda 20,—; Gotha 10,—; Goldlauter 10,—; Grünstadt-Neunleiningen 15,—; Hermisdorf 20,—; Königszelt 20,—; Rabla 10,—; Meuselbach 10,—; Magdeburg 15,—; Mitterteich 20,—; Meuselwitz 10,—; Neuhaldensleben 20,—; Passau 10,—; Plankammer 20,—; Rauenstein 10,—; Stadtilngsfeld 20,—; Schney 10,—; Tiefenfurt 20,—; Velten 20,—; Borsdamm 10,—; Waldbassen 10,—; Walbershof 10,—; Windisch-Gschenbach 15,— Mark. Summa: 410,— Mk.
Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern herzlichen Dank.
Zahlstelle Coburg. J. A.: Ernst Dalibor, Geschäftsführer.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althaldensleben. Montag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, bei Peters. Neuwahl der Zahlstellenverwaltung.
Hannaburg. Sonnabend, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“: Generalversammlung. Verwaltungswahl.
Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Manufaktur, We-gelystraße, am Bahnhof Tiergarten. Verwaltungswahlen.
 Vortrag über: „Die Volksfürsorge“, Referent: Genosse Lohmeyer.
Hohenberg a. d. Eger. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 2 Uhr, im „Gasthof zum Egertal“: Neuwahl der Verwaltung.
 Zeugnis. Donnerstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im „Stern“.
Hattingen. Versammlung jeden 2. Dienstag im Monat bei Hammer, am Markt.

Aufruf.

Unser Kollege, der Schilbmalers **Abolf Schünemann**, ist seit Januar d. J. ununterbrochen krank und arbeitsunfähig. Seit seinem 19. Lebensjahre gehört Sch. unserem Verbands an und war mehrere Jahre Kassierer unserer früheren Zahlstelle Hannover. Unsere Zahlstelle hat Sch. schon wiederholt unterstützt, jedoch ist es uns allein nicht möglich, Sch. aus der bittersten Not zu helfen. Wir bitten deshalb alle Kollegen, sich an der Sammlung für Sch. zu beteiligen und Gelder zu senden an unseren Kassierer **Albert Schlegelmilch**, Magdeburg-Neustadt, Speicherstr. 20. S. part.
 Für die Zahlstelle Magdeburg. Der Vorsitzende: **Aug. Zander**.

Zum Inserat „**Meißner Zuschußliste**“ in Nr. 47 und 48 ist noch nachzutragen:

Der Beitritt ist vom zurückgelegten 14. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr gestattet.

Die Hauptverwaltung. **Meißen, Martinstr. 5.**

Sterbetafel.

Coburg. **Albin Forkel**, Stanger, geboren am 7. Januar 1869 in Suhl, gestorben am 10. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Eisenberg. **Pauline Böhm**, Glasurerin, geboren am 23. November 1870, gestorben am 26. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1907.

Ilmenau-Großbreitenbach. **Karl Kämtner**, Maler, geboren am 12. November 12. November 1869, gestorben am 23. Oktober an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Limbach. **Puno Schott**, Former, geboren am 14. September 1861, gestorben am 18. November an Asthma. Mitglied seit 1919.

Rauenstein. **Andreas Schnetter**, Former, geboren am 19. April 1875, gestorben am 20. November an Herzleiden. Mitglied seit 1911. Mit dem verstorbenen Kollegen Sch., der seit Bestehen unserer Zahlstelle den Kassiererposten bekleidete, verlieren wir ein besonders treues und allezeit rühriges Mitglied, dem ein treues Gedemken allezeit gesichert bleibt.

Roschütz. **Fritz Pfeuffer**, Schmelzer, geboren am 9. Januar 1873, gestorben am 17. November an Typhus. Mitglied seit 1919.

Schmiebeberg. **Anna Erben**, geboren am 12. Januar 1862 in Landesbüt, gestorben am 22. November an Lungen- und Brustfellentzündung. Mitglied seit 1919.

Waldburg. **Maria Volkmer**, Druckerin, geboren am 25. März 1894 zu Wilhelmsthal, gestorben am 5. November an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

— **Luisa Becker**, Arbeiterin, geboren am 7. Juli 1853 zu Feodoroi, Kreis Petrikau, gestorben am 16. November durch Unfall. Mitglied seit Anfang d. J.

— **Emma Jungnickel**, Verputzerin, geboren am 24. Juni 1867, gestorben am 20. November an Herzbeutelwasser-sucht. Mitglied seit 1918.

Waldsassen. **Michael Tischler**, Brennhausarbeiter, geboren am 23. Juni 1851, gestorben am 5. November an Gebirnerweichung. Mitglied seit 1919.

— **Hans Mehl**, Lagerarbeiter, geboren am 23. Februar 1902, gestorben am 17. November durch Unglücksfall (durch Unvorsichtigkeit eines Kameraden erschossen). Mitglied seit 1919.

Ehreibrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen bis 1. März 1922 Anmerkungen beiliegen, werden nicht weiter berücksichtigt.

Callender ... ein feineres Arbeiten gemöhnt, sucht Stellung. Gefl. Angebote unter „Schleifdrehen“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Fähige ledige Freigangsmaler (Unterglasur) werden sofort eingestellt.
E. & F. Serr ... Keramische Werke, Gräfenroba i. Thür.

Porzellan-Fabrikanten, mit jeder im Fach vorkommenden Arbeit vertraut — Zusammenstellung von Geschirr, Gießer- und Isolatorarbeiten, sowie den dazu gehörigen Glasuren — sucht Stellung per 1. Januar 1922 oder später, eventuell auch im Ausland.
 Offerten unter „M. S. 100“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Drayenkopfgießer, Kapseldreher und Brenner, wegen Wohnungsmangel ledige bevorzugt, werden eingestellt.

Rehner & Co., Porzellanfabrik, Ohrdruf i. Thüringen.

Erstklassiger Maler für Holzspielwaren sofort gesucht. Offerten unter „A. B.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt je einen jüngeren perfekten **Formgießer und Formeneinrichter**. — Angebote mit Lebensansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermines erbeten an die

Schramberger Majolikafabrik, S. m. b. H., Schramberg i. Württemberg.

Tüchtiger, lediger Porzellanmaler, für Blumendekore zum sofortigen Eintritt gesucht.

Meldungen unter „A. S. 3“ an die Red. der „Ameise“ erbeten.

Einige Geschirrdreher für Hohl- und Flachgeschirre finden dauernde Beschäftigung.

Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. Sa.

Ein tüchtiger Formgießer, der im Einrichten von Modellen bewandert ist, wird gesucht. Wegen Wohnungsmangel erhalten Ledige den Vorzug.

Porzellanfabrik H. Schomburg & Söhne, A.-G., Köslan (Anhalt).

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **8 bis 10 gelernte Dreher** für Hoch- und Niederspannungsisolatoren.

Angebote erbeten an die Personalabteilung der Porzellanfabrik **Hermisdorf, Hermisdorf, S.-A.**

Junger Unterglasurmaler, ledig, tüchtig im Schablonenschneiden sowie allen sonstigen vorkommenden Arbeiten in der Unterglasurmakerei, sucht möglichst baldige Stellung. Zeugnisse zur Verfügung.
 Offerten unter „M. S. 8“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands wird ein tüchtiger, möglichst unverheirateter **Unterglasurmaler** gesucht. Derselbe muß Erfahrung haben in allen im Fach vorkommenden Arbeiten, als Schablonenschneiden, Bedienung des Aerographen usw. Bei zufriedenstellender Leistung kann Obermalerposten in Aussicht gestellt werden. Angebote mit Angabe des Alters, sowie Gehaltsansprüche erbeten an die Redaktion der „Ameise“ unter „B. S. 2.“

Einige tüchtige Dreher für unsere Isolatorenabteilung werden eingestellt. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt.

H. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Köslan, Anhalt.

Wir suchen mehrere unverheiratete **Maler** für reiche Dekoration. Wohnungsmöglichkeit vorhanden. Offerten mit Zeugnisabschriften an

Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G., Fraureuth (Anhalt).

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschulere u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Winkel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Nottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Winkel — Flaschen — Maltrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-N., Gerichstr. 8. II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle.

Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf. je „nach“ Inhalt. — Darum schickt „alles“ zu
H. Panhammer, Wilkau b. Zwickau, 41.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere, Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Maltrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Winkel — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Geier, Zsch. d. b. Thiersheim, Oberfranken.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: **Joh. Schneider**, Charlottenburg, Rosinenstr.
 Verlag: **Wilhelm Herden**, Charlottenburg, Rosinenstr.
 Druck von **E. Janiszewski**, Berlin SW., Elisabeth-Platz